Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 206. Montag, 3. September 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 49 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Pakt von Nanking.

Die jahrelangen Wirren in China und die Unklarheit der politischen Lage in der letzten Zeit haben es zuwege gebracht, daß die deutsche Oeffentlichkeit sich nur ein sehr ungefähres Bild von dem heutigen Stand der Dinge in China macht. Dies ist umso bedauerlicher, als vor kurzem der Vertrag zwischen dem deutschen Reich und der neuen chinesischen Regierung in Nanking abgeschlossen wurde, und die deutsche Oeffentlichkeit sich daher keine richtige Vorstellung von der Bedeutung der neuen durch einen offiziellen Staatsvertrag festgelegten Beziehungen Deutschlands zu China machen kann. Diesem deutsch-chinesischen Pakt hat man ungefähr den gleichen Wert beizumessen, den man auch dem Vertrag zwischen Washington und der nationalen chinesischen Regierung in Nanking beilegte. Beide Verträge, der amerikanische und auch der deutsche, haben der Nankinger Regierung das gegeben, was sie zu ihrer Behauptung als Trägerin einer neuen Staatsmacht unbedingt benötigte: die Anerkennung des Auslandes. Die durch die ungleichen Verträge mit China interessierten Ausländsmächte haben es im ersten Augenblick sehr übel vermerkt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die in früheren Zeiten in ihrer China-Politik gemeinsame Sache mit ihnen machten, so rücksichtslos „aus der Front" gesprungen waren. Diese Aufregung der ersten Tage hat sich aber sehr schnell gelegt. Die Regierungen in London und Tokio überzeugten sich, in sehr kurzer Zeit von der Gefahr, die ihrer China-Politik durch den Vorsprung der amerikanischen Initiative erstehen mußte. Da man schließlich auch Deutschland nicht das verargen konnte, was man von Amerika wohl oder übel in den Kauf nehmen mußte, so fürchteten Japan und England wohl mit Recht, daß sie mit ihrer China-Politik sehr bald ins Hintertreffen gelangen würden, wenn sie nicht die neugeschaffenen Tatsachen in ihre Berechnungen setzen würden. Die englische Regierung beeilte sich daher, das Nankinger Vorkommnis durch ein Abkommen aus der Welt zu schaffen, um so die Vorbedingungen herzustellen, die Verhandlungen mit der nationalen Regierung in Nanking überhaupt erst ermöglichen könnten. Auch Japan hat in der letzten Zeit sich sichtlich nachgiebig Nanking gegenüber gezeigt. Während es vor einigen Wochen noch so aussah, als ob die Regierung in Tokio wegen der Mandschurei-Frage gewillt wäre, mit einer militärischen Aktion das ganze Problem zu lösen, so zeigt heute die Politik Japans das sichtliche Bestreben, den ganzen Fragenkomplex auf gütlichem Wege zu regeln. Hier ist eine Annäherung sogar schon soweit gediehen, daß man in kürzester Zeit mit dem Beginn von neuen Vertragsverhandlungen rechnen kann.

So hat man festzustellen, daß der Weg, den die Vereinigten Staaten von Amerika und auch Deutschland beschritten haben, richtunggebend für den Kurs ist, den die gesamte Weltpolitik China gegenüber jetzt zu nehmen hat. Für Deutschland ist es aber nicht ohne Bedeutung, daß gerade seine Regierung mit bahnbrechend für die neue Einstellung der Welt zum chinesischen Problem war. Zum mindesten hat sich die deutsche Politik in der Gesinnung des chinesischen Volkes dem Reich gegenüber einen starken moralischen Machtfaktor geschaffen. Die Chinesen werden es niemals vergessen, daß es Amerika und Deutschland waren, die diesen Umschwung der politischen Einstellung der Großmächte veranlaßten. Dieser moralische Machtfaktor ist ein Plus, das Deutschland in seinen künftigen Beziehungen zu China wahrzunehmen hat. Die ungeheure Ausdehnung des chinesischen Reiches, die mehrere hundert Millionen umfassende Zahl seiner Einwohner stempeln von Natur aus China zu einem der wichtigsten Absatzmärkte der Weltwirtschaft. Dieser Markt ist noch nicht restlos erschlossen. Besser gesagt: er muß neu erschlossen werden, weil die ganzen Beziehungen der Auslandsmächte auf Grund der veränderten Lage in China auf eine ganz neue Basis gestellt werden müssen. Diese Basis hat Deutschland als eines der ersten Länder bereits gewonnen. Das sichert dem Reich nicht nur einen moralischen, sondern auch einen höchst praktischen Vorsprung, der auszuwerten ist. Das besagt auch, daß mit dem Abschluß des deutsch-chinesischen Vertrages erst der Anfang für die neuen Bindungen zwischen Berlin und Nanking gemacht ist. Ein Anfang ist immer zwecklos, wenn ihm keine Fortsetzung folgt. Diese Erkenntnis hat daher richtunggebend für die Politik des deutschen Auswärtigen Amtes China gegenüber zu sein. Was zunächst zu schaffen ist, geht aus einigen Tatsachen hervor. Man hat zu beachten, daß die englische Regierung in China 26 Konsulate, die japanische Regierung 44, die französische 21 und die amerikanische 18 Konsulate unterhält. Dagegen gibt es in ganz China nur 10 deutsche Konsulate. Diese Folgerung aus diesem Vergleich liegt auf der Hand. Wenn man auch zugeben muß, daß die finanzielle Lage Deutschlands das Auswärtige Amt zu den weitgehendsten Ersparnissen zwingt, so behindert dies doch nicht die Erkenntnis, daß Sparen am falschen Ort sträfliche Verschwendung bedeutet. Da sich das Auswärtige Amt selbstverständlich an den ihm von den gesetzgebenden Körperschaften bewilligten Etat zu halten hat, so besagt dies, daß es Aufgabe des Reichsparlaments sein wird, der Wilhelmstraße das zu geben, was sie zur Bewältigung ihres Pflichtenkreises benötigt. Das Reichsparlament wird umso leichter sich zur Bewilligung der notwendigen Mittel bereitfinden, je schneller es sich zu der Ueberzeugung ringt, was eine möglichst starke wirtschaftliche Bindung Deutschlands zu China für die Entwicklung des deutschen Außenhandels bedeutet. China ist, wie gesagt, ein wirtschaftlicher Machtfaktor ersten Ranges. Und Deutschland hat es vermocht, bei der Sicherung dieses Machtfaktors sich einen höchst moralischen und praktischen Vorsprung zu schaffen. Diese Tatsachen sprechen eine so überzeugende Sprache, daß es sich erübrigt, die notwendigen Folgerungen für die künftige Chinapolitik näher nachzuweisen.

Der Reichskanzler und Briand in Genf.

Beginn der Völkerbundsversammlung.

Die Tagesordnung der Eröffnungssitzung.

tu. Genf. **Reichskanzler Müller** ist am Sonntag abend um ½9 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Pünder, Reichspressechef Zechlin und den Abg. Breitscheid, Kaas und v. Rheinbaben in Genf eingetroffen. Im Laufe des Abends ist ferner der französische Außenminister **Briand** angekommen. Auch die Abordnungen der anderen Staaten sind zum größten Teil bereits anwesend.

Die **Vollversammlung** beginnt am Montag um ½11 Uhr. Sie wird durch eine Rede des Ratspräsidenten, des finnländischen Außenministers **Procope**, eröffnet werden. Anschließend findet die Wahl des **Präsidenten der Vollversammlung** statt, für die bisher der dänische Gesandte in Berlin, **Zahle**, ausersehen ist. Sodann werden die üblichen sechs Ausschüsse eingesetzt werden, von denen der dritte die Abrüstungsfragen behandelt.

Man rechnet hier allgemein damit, daß der **Reichskanzler nicht länger als eine Woche in Genf bleibt**. Es verlautet, daß er an der Tagung des zum 11. September einberufenen Parteiausschusses teilnehmen wird, möglicherweise jedoch nach Abschluß der Tagung, falls erforderlich, wieder nach Genf zurückkehren soll. Es scheinen jedoch bisher noch keine endgültigen Abmachungen getroffen worden zu sein.

Ueber den Gang der zu erwartenden **Verhandlung zwischen dem Reichskanzler und Briand** über die **Räumung des Rheinlandes** sieht man hier im allgemeinen äußerst schwarz. Auch die Räumung der zweiten Zone wird hier allgemein als wenig wahrscheinlich erachtet. Die französische Regierung rückt, wie hier verlautet, entscheidend die **Reparationsfrage** und die **interalliierte Schuldenregelung** in den Vordergrund und soll eine Behandlung der Räumungsfrage nur im Zusammenhang mit der Regelung der Reparationsfrage für möglich erachten. Auch bestehen in Genfer Kreisen vielfach Zweifel, wieweit Briand von Poincaré zu weitgehenden Verhandlungen in Genf tatsächlich ermächtigt ist. Im allgemeinen muß jedoch festgestellt werden, **daß über den Umfang der kommenden Erörterungen der deutsch-französischen Fragen wenig Klarheit besteht.**

•

Der Reichskanzler über die Räumungsfrage.

)(Berlin. **Vor seiner Ausreise nach Genf hat der Herr Reichskanzler Herrn Tolischus, dem Berliner Vertreter des „International News Service", auf seine Frage, welches zur Zeit das wichtigste politische Problem für Deutschland sei, geantwortet:**

Das ganze deutsche Volk ist sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt in nationaler Hinsicht in einem Wunsche einig. Es ist dies die Zurückziehung der auf deutschem Gebiet stehenden französischen, englischen und belgischen Besatzungsarmeen in Stärke von rund 67 000 Mann. Man versteht nicht mehr in Deutschland, weshalb diese Truppen auf deutschem Boden belassen werden, nachdem sowohl auf dem Gebiete der Reparationszahlungen als auch auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung Beweis über Beweis erbracht worden ist, daß man deutscherseits gewillt ist, den den früheren Gegnern gegenüber übernommenen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen. Ich darf an die Annahme des Dawesplans, an die Londoner Abmachungen von 1924 erinnern. Das Reparationsproblem wurde seines politischen Charakters entkleidet, es ist zu einer Materie rein wirtschaftlicher und finanzieller Natur geworden, die als solche die Gewißheit zu natürlicher und organischer Entwicklung in sich trägt, wie die jetzt vierjährige reibungslose Durchführung des Dawesplans beweist. Kein Staat hat mehr für allgemeine Sicherheit getan als Deutschland. Es beweisen dies die Verträge von Locarno, die zahlreich abgeschlossenen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofs, die aktive Mitarbeit im Genfer Sicherheitsausschuß und letzthin die sofortige und vorbehaltlose Bereitwilligkeit zur Annahme des Kelloggpaktes. Deutschland hat mehr als irgend ein anderes Land abgerüstet. Doch noch darüber hinaus sind wir bereit, mit unserer ganzen nationalen Kraft an der Verwirklichung weiterer Vorschläge zur Sicherung und Organisation des Weltfriedens mitzuarbeiten. Das in der Vergangenheit von uns Geleistete, das für die Zukunft von uns Gewollte gibt uns das Recht, zu fordern, daß die Besatzungstruppen unser Land verlassen; ihr Verbleib würde von allen Kreisen in Deutschland als ungerechtfertigt und dem Geiste des Friedens zuwider empfunden.

•

Was Briand Müller sagen wird.

tu. Paris. Zu den bevorstehenden **Genfer Besprechungen zwischen Reichskanzler Müller und Außenminister Briand** schreibt der Matin, es sei natürlich nicht ausgeschlossen, daß die beiden Staatsmänner bei ihrer Begegnung über die Frage der Rheinlandräumung verhandeln würden. Da aber Poincaré und Dr. Stresemann bereits einen ausgedehnten Gedankenaustausch hierüber gehabt hätten, sei nicht anzunehmen, **daß noch Neues gesagt werden könne.** Es genüge ein Hinweis auf den Sachverhalt: „Wenn es sich um die **vorzeitige Räumung der Koblenzer Zone** handelt, die normalerweise im Januar 1930 erfolgen soll, erklärten die Deutschen, daß dieses Zugeständnis für sie keine allzu große Bedeutung hat; wenn es sich um die **Gesamträumung** handelt, so bleibt die These der französischen Regierung, daß diese Räumung **nur gegen einen Ausgleich** erfolgen kann. Man hat zwei Arten von Ausgleich ins Auge gefaßt. Nämlich erstens: Die **Schaffung einer Sonderkontrolle über das entmilitarisierte Rheingebiet** und zweitens die **vorzeitige Zahlung der Reparationen.** Die erste Art begegnet in Deutschland wenig Gegenliebe. Was die zweite Art angeht, so wird man einwerfen, daß sie an eine umfassende Regelung gebunden ist, die nicht nur die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrieobligationen, sondern auch die Begrenzung der Schuldenannuitäten und vor allem eine Einigung mit den Vereinigten Staaten über die Kriegsschulden umfaßt. Im besten Falle dürften diese Verhandlungen vor 1½—2 Jahren zu Ende gehen. In diesem Augenblick wird die zweite Zone schon geräumt sein und die Besetzung der dritten wird normalerweise nur noch etwa vier Jahre laufen."

Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt zu wissen, daß man den Deutschen bedeutet habe, wie sie die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern einer vorzeitigen Räumung günstig stimmen könnten, ohne jene ausgedehnte internationale Regelung abzuwarten, nämlich **indem sie sich ihres Kredites bedienten**, um auf den Finanzmärkten ganz oder teilweise die in Frage stehenden Obligationen unterzubringen. Die Deutschen könnten nicht sagen, daß dies durchaus unmöglich sei, da sie bequem eine sehr große Anzahl von öffentlichen und privaten Anleihen während der letzten Jahre aufgenommen hätten. Man sehe nicht ein, wie Briand, der mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung völlig übereinstimme, Reichskanzler Müller etwas anderes sagen könne.

•

Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Genf. (Funkspruch). Die 9. Völkerbundsversammlung ist heute vormittag 10 Uhr 45 von dem finnischen Außenminister Procope in seiner Eigenschaft als derzeitiger Ratspräsident eröffnet worden. In seiner breit angelegten, alle Arbeiten und Aufgaben des Völkerbundes aufzählenden Eröffnungsansprache würdigte Procope insbesondere die Tätigkeit des Völkerbundes im abgelaufenen Völkerbundsjahr auf wirtschaftlichem Gebiet und die Arbeiten für Sicherheit und Abrüstung, die er als die beiden Zentralpunkte der Völkerbundsaktion bezeichnete. Für die Abrüstungsfrage sieht, nach dem Zustandekommen des englisch-französischen Kompromisses über die Seeabrüstung und nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes eine ganz neue Aera voraus und glaubt, daß die Bundesversammlung unter glücklichen Auspizien ihre Beratungen beginnt. Auch die 9. Bundesversammlung würde diese Friedensarbeit fortsetzen müssen; denn nach der Annahme dieser Grundsätze komme nunmehr die Verwirklichung, die sich nur durch drastische Maßnahmen erreichen lasse. Nur durch dauernde Anstrengungen könne die internationale Zusammenarbeit und der Frieden gewährleistet werden. Nach der Erwähnung des Umstandes, daß als Folge der Universalität des Völkerbundes die außereuropäischen Staaten oft an der Lösung von Fragen mitwirken können, die zunächst nur als europäische erscheinen, begrüßte der Redner den Entschluß Spaniens, seine Mitgliedschaft im Völkerbund beizubehalten und gab sein Bedauern über das Fernbleiben einiger anderer Staaten Ausdruck, wie Argentien, Peru, und Bolivien, die wie er hinzufügte, allerdings an den meisten Arbeiten des Völkerbundes teilnehmen. Der Redner gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß Costarica und Brasilien sich zur baldigen Rückkehr in den Völkerbund entschließen und erinnerte daran, daß verschiedene Nichtmitgliedstaaten an Arbeiten des Völkerbundes teilgenommen haben, vor allen Dingen an die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türkei.

Im zweiten Teil seiner Rede behandelte der finnische Minister des Aeußeren Procope die beiden großen Komplexe, die im Mittelpunkt der Völkerbundsarbeit stehen, nämlich die Arbeiten, die an die **Weltwirtschaftsänderung** anknüpfen und die Bemühungen, die durch **internationale Maßnahmen** jenes Gefühl der Sicherheit erzeugen, ohne das, wie er sagte, das Ideal des Völkerbunds nicht erreicht werden könnte. Auf beiden Gebieten müsse man sich vor allzugroßer Ungeduld hüten. Die wirtschaftlichen Fragen, die in der Gegenwart im Vordergrund stehen, seien nicht zu lösen, ohne daß neue Schwierigkeiten auftreten, die nun ihrerseits wieder gelöst werden müßten. Auf jeden Fall befinde sich aber die Welt auf wirtschaftlichem Gebiet gegenwärtig bereits mitten in einer vollständigen Erneuerung der zwischenstaatlichen Beziehungen, die man wohl schon als neue wirtschaftliche Orientierung bezeichnen könne. Procope würdigte dann die Arbeiten der technischen Sonderorganisationen des Völkerbundes. Gerade diese Alltagsarbeit, die vielfach unbemerkt vom großen Publikum vor sich gehe, sei von allergrößter Bedeutung zur Verwirklichung der internationalen Zusammenarbeit.